



Presseschau vom 07.10.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Teuer oder dunkel und eisig? Enorme Preise für Strom und Heizen im Winter**

Während jetzt schon vielen Haushalten zu hohe Energiekosten im bevorstehenden Winter drohen, gehen die Auseinandersetzungen und Spekulationen über die Ursachen weiter. Mehrere Staaten und Politiker in der EU setzen auf eine Abkehr von fossilen Energien, einige versuchen, ihren Bürgern unter die Arme zu greifen. ...

<https://kurz.rt.com/2opl>

de.rt.com: **Erdoğan verkündet Ende der "Hegemonie des Westens" in neuem Buch**

Anlässlich der Veröffentlichung seines Buches "Eine gerechtere Welt ist möglich" gab der türkische Staatschef ein Interview, in dem er das Ende der Hegemonie des Westens und ein gravierendes Scheitern des internationalen Systems feststellt. ...

<https://kurz.rt.com/2opb>

Paul A. Nuttall: Die Wahlen am kommenden Wochenende könnten Tschechien den Weg aus der EU ebnen

Die Wahlen in Tschechien am kommenden Wochenende wurden medial weitgehend ignoriert, aber die politische Situation im Land ist nicht nur brisant, sondern sie könnte auch Auswirkungen auf den Rest Europas und insbesondere auf die EU haben. ...

<https://kurz.rt.com/2oob>

Andreas Peter: Stunde der Heuchler in Potsdam – Medienpreis für Nawalny und peinliche Propagandareden

In Potsdam wurde am Mittwochabend der M100-Medienpreis an den russischen Blogger Alexej Nawalny und seine aufgelöste Stiftung überreicht. Die Laudatio hielt FDP-Chef Christian Lindner. Nawalnys früherer Stabschef, Leonid Wolkow hielt die Dankrede. Wie leider zu erwarten war, wurde die Preisverleihung eine peinliche antirussische Hetzveranstaltung. ...

<https://snanews.de/20211007/medienpreis-fuer-nawalny-3859067.html>

abends/nachts:

de.rt.com: Putin zum Gastransit in EU durch Ukraine: Russland bringt andere Länder nicht in schwierige Lage

Der russische Präsident will Gaspreiserhöhungen in Europa stoppen – Putin hat die vollständige Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen zum Gastransit durch die Ukraine nach Europa gefordert. Obwohl es für Gazprom profitabler wäre, eine Strafzahlung an die Ukraine zu leisten und Gas über Nord Stream 2 zu liefern.

Während eines Treffens zu Energiefragen hat sich der russische Präsident Wladimir Putin an den russischen Energieminister Schulginow gewandt und sich zu Spekulationen über Gasfragen geäußert. Dem Präsidenten zufolge sei Gazprom der Ansicht, dass es für das Unternehmen wirtschaftlich rentabler wäre, eine Geldstrafe an die Ukraine zu zahlen, dafür aber die Fördermenge durch die neuen Systeme (Nord Stream 2) zu erhöhen. Dies würde weniger Kohlendioxidemissionen und höhere Gewinne (etwa 2,6 Milliarden Euro) bedeuten. Putin sagte jedoch:

"Ich bitte Sie, das nicht zu tun. Erstens sollten wir sie nicht in eine schwierige Lage bringen, auch nicht die Ukraine, trotz aller Punkte, die die russisch-ukrainischen Beziehungen derzeit betreffen. Und zweitens sollten wir die Glaubwürdigkeit von Gazprom als absolut zuverlässigem Partner in jeder Hinsicht nicht untergraben."

Das russische Staatsoberhaupt teilte auch mit, dass Gazprom in den ersten neun Monaten des Jahres 2021 die durch die Ukraine gepumpte Gasmenge um mehr als acht Prozent erhöht habe und wahrscheinlich seine vertraglichen Verpflichtungen übertreffen werde. Er bezeichnete eine weitere Erhöhung der Lieferungen über das ukrainische Gastransportsystem als unrentabel.

Darüber hinaus hielt Putin es für möglich, über eine Umstellung auf den Börsenhandel mit Gas zu sprechen. Wenn dadurch der Nachfrageschub in Europa abgefedert werden könnte. Dies sollte jedoch nicht vor Ort in Europa, sondern in Sankt Petersburg geschehen, und nicht zum Nachteil Russlands sein. Darüber hinaus wies der russische Präsident darauf hin, dass die Tatsache, dass Gas nicht wie Öl gelagert werden kann, den Börsenhandel erschwere.

Der russische Präsident erklärte auch, dass Russland mehr tun müsse, um sicherzustellen, dass die Produktion aus alten Gasfeldern ausgeglichen ist. Er sagte, dass Felder, die seit Jahrzehnten in Betrieb seien, nicht vergessen werden dürften.

Zuvor hatte Putin die Bedeutung einer reibungslosen Dekarbonisierung der Wirtschaft und eines reibungslosen Übergangs zu grüner Energie betont. Der russische Präsident wies auf das Chaos bei den Gaspreisen in Europa hin und stellte fest, dass viele Anbieter das Thema der Bekämpfung des Klimawandels für ihre eigenen Zwecke missbrauchen würden. Gleichzeitig betonte Putin, dass grüne Energie für Russland eine Priorität sei, der Übergang müsse jedoch maßvoll und überlegt erfolgen.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.10/article/615dd444b480cc18256fcf48.jpg>

snanews.de: **Zertifizierungsabschluss von Nord Stream 2 soll Gasmarkt abkühlen – Russischer Vizepremier**

Nach Ansicht des russischen Vizepremiers Alexander Nowak muss der Gasmarkt schneller stabilisiert werden. Behilflich sein könnten dabei ihm zufolge der Abschluss des Zertifizierungsverfahrens der Gaspipeline Nord Stream 2 und das Wachstum des Gashandelsvolumens an der St. Petersburger Internationalen Handelsbörse (SPIMEX).

„Meiner Meinung nach gibt es zwei Faktoren, die die aktuelle Situation etwas abkühlen könnten: Erstens natürlich der Abschluss des Zertifizierungsverfahrens und der Erhalt einer vorzeitigen Genehmigung, Gas durch die fertiggestellte Nord Stream 2 zu pumpen – das würde ein positives Signal geben. Und zweitens – wenn es möglich und sinnvoll wäre – zusätzliche Mengen an (...) Gas (für den Börsenhandel) an der elektronischen Handelsbörse in St. Petersburg bereitzustellen“, teilte Nowak am Mittwoch mit.

Ein solcher Preisanstieg sei nicht sehr gut für den Gasmarkt, erklärt der Vizepremier. Er müsse schneller stabilisiert werden.

„Unternehmen verdienen jetzt, wer der Gaslieferant ist, aber grundsätzlich können viele Industrien unter solchen Bedingungen, insbesondere gaschemische Anlagen, geschlossen werden, was bereits geschieht, und wir sehen dies in Großbritannien. In anderen europäischen Ländern gibt es einen intensiveren Übergang zu erneuerbaren Energiequellen bei solchen Preisen, aber natürlich besteht auch der Wunsch, in ineffizientere Förderungsprojekte zu investieren“, sagte Nowak abschließend.

Gaspreis in Europa auf Rekordhoch

Die Gaspreise in der Europäischen Union sind in den letzten Monaten stark angestiegen.

Dieser Anstieg hängt nach Ansicht von Experten mit mehreren Faktoren zusammen: mit den geringen Füllständen der europäischen unterirdischen Erdgasspeicher, dem begrenzten Angebot der Hauptlieferanten und der hohen Nachfrage nach LNG in Asien.

Angesichts der drohenden Energiekrise hatte Europa zudem Russland mehrmals beschuldigt, die Gaslieferungen zu sabotieren. Russland weist seinerseits alle Beschuldigungen zurück.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/08/0a/3159124_0:123:3203:1925_1920x0_80_0_0_33cf6f793cc2e301f33dd9a404cfb8da.jpg

wpered.su: Kommunisten aus der DVR brachten Lebensmittelpakete an die Front

Vertreter der Kommunistischen Partei der DVR übergaben humanitäre Hilfe und Geschenke an Soldaten der Donezker Volksrepublik. Lebensmittel und Kleidung wurden in einen der Truppenteile in Jasinowataja gebracht, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

„Einwohner von Tores und Sneshnoje haben unseren Befreiungssoldaten Konditoreiwaren, Gemüse, Obst, Wurst, Speck, selbst Eingemachtes, warme Sachen und kleinere Dinge. Wir haben das Andenken aller gefallenen Befreiungssoldaten des heldenhaften Jasinowataja geehrt“, berichtete die Vertreterin des Stadtkomitees von Tores Irina Guz.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2021/10/ZhJT_vlRY4s-min.jpg

de.rt.com: Ukrainischer Botschafter stellt Reparationsforderungen gegenüber Deutschland in Aussicht

Der Botschafter der Ukraine macht Deutschland erneut auf die historische Schuld Deutschlands gegenüber den Ukrainern aufmerksam – wegen der Nazi-Verbrechen. Eine Integration der Ukraine in die EU und die NATO wäre für die deutsche Politik der Weg, die "richtigen Schlüsse" zu ziehen.

Am Mittwoch weilte der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in der Ukraine, um der Opfer der Nazi-Verbrechen in Korjukowka und Babi Jar zu gedenken. An beiden Orten fanden im Zweiten Weltkrieg Massenerschießungen der jüdischen und ukrainischen Zivilbevölkerung statt. Zehntausende Menschen starben eines qualvollen Todes.

Im Vorfeld seines Besuches ließ der ukrainische Botschafter Andrej Melnyk wissen, was er von der deutschen Politik in Bezug auf die Ukraine jetzt erwartet. Die Gedenkveranstaltung diene dem Diplomaten als willkommener Anlass, aus seiner Sicht auf Defizite der deutschen Erinnerungskultur hinzuweisen.

Zum einen fand er lobende Worte für das Engagement des deutschen Ex-Außenministers: "Dass der Bundespräsident mit seinem Besuch die Opfer von Babyn Jar in Kiew sowie die mindestens acht Millionen ukrainischen Kriegstoten in Korjukiwka würdigt, ist eine gute Geste", sagte Melnyk dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND).

Dies sei allerdings nur ein erster Schritt auf dem sehr langen Weg zur historischen Aussöhnung zwischen der Ukraine und Deutschland. Die Ukraine zähle zu den am meisten betroffenen Nationen der schlimmsten Nazi-Verbrechen mit über fünf Millionen ermordeten Zivilisten, darunter anderthalb Millionen ukrainische Holocaust-Opfer, sagte Melnyk. Der Botschafter kritisierte, sein Land sei nach wie vor fast komplett abwesend in der Topografie der deutschen Erinnerung:

"Unsere enormen Opfer werden immer noch von der deutschen Politik und Öffentlichkeit übersehen."

Daher sei es kein Wunder, dass in der ukrainischen Gesellschaft ein starkes Gefühl von Ungerechtigkeit wachse, das der heutigen gespaltenen Gedenkpolitik der Bundesrepublik entspringe.

Melnyk verwies auf eine aktuelle repräsentative Umfrage, wonach 61 Prozent der Ukrainer dafür plädierten, von Deutschland Reparationen für die Kriegsverbrechen zu verlangen. "Von der deutschen Politik", so Melnyk, "erwartet man in Kiew zu Recht, dass man endlich richtige Schlüsse aus diesen dunklen Seiten der Vergangenheit zieht und die Ukraine sowohl in die EU als auch in die NATO integriert".

Der ukrainische Botschafter setzt sich seit Jahren unermüdlich dafür ein, Deutschland für das offizielle ukrainische Geschichtsnarrativ zu gewinnen. Zu seinem durch Medienkampagnen erprobten Repertoire gehört daher auch, den Bundespräsidenten beispielsweise für dessen angebliche Nachgiebigkeit gegenüber Russland in Geschichtsfragen zu kritisieren.

Zu diesem Narrativ gehört vor allem die Tatsache, dass die Ukraine die sowjetische Periode seiner Geschichte als eine kommunistische Okkupation ansieht und für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges gleichermaßen die Sowjetführung wie auch Hitler-Deutschland verantwortlich machen will. Ukrainische Nazi-Kollaborateure, die gegen die Sowjetunion kämpften, werden in diesem Geschichtsverständnis zu Freiheitshelden. Der aus der Westukraine stammende Melnyk sorgt dafür auch mit seinem ganz persönlichen Einsatz. So nahm er im Jahre 2015 an einer religiösen Zeremonie in München am Grab von Stepan Bandera als der Schlüsselfigur der ukrainischen Nationalisten teil.

Die repräsentative Umfrage, auf die sich Melnyk beruft, wurde in der Ukraine vom Kiewer Institut für Soziologie im Juli durchgeführt. So waren 61,1 Prozent der ukrainischen Bürger ganz oder teilweise einverstanden, dass Deutschland die Ukraine für Kriegsverbrechen entschädigen solle. Als solche wurden Massenhinrichtungen von Zivilisten und Kriegsgefangenen, Untergrundkämpfern, Partisanen, Kämpfer der nationalistischen Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) sowie der Transport von Menschen zur Zwangsarbeit genannt.

55,3 Prozent der Ukrainer sprachen sich laut Erhebung dafür aus, daneben auch von Russland Reparationen für die Verbrechen des stalinistischen Regimes zu fordern, insbesondere für die Deportation von Ukrainern (Anm.: zu diesen werden vor allem gefangengenommene Kämpfer des nationalistischen Untergrunds, die sogenannten "Banderowzi" gezählt) und von

Krimtataren.

Bisherige Versuche sind gescheitert, solch einen – wie auch immer gearteten – "ukrainischen Krieg" in den Augen der deutschen Öffentlichkeit von der Geschichte des Zweiten Weltkrieges und des Großen Vaterländischen Krieges der Völker der Sowjetunion abzukoppeln. Aus der deutschen Sicht werde auch der Ukrainer in Würdigung aller 27 Millionen sowjetischen Opfer des Zweiten Weltkrieges mit gedacht. Offiziell gelte es in Deutschland, eine nationale Opfer-Hierarchie zu vermeiden – bislang zumindest.

Nichtsdestotrotz hat die Ukraine in Deutschland einflussreiche Fürsprecher. Nach Meinung des Politikwissenschaftlers Alexander Rahr sollten diese Kräfte nicht unterschätzt werden: "Sie wollen auch Bolschewismus und Nationalsozialismus, Stalin mit Hitler gleichsetzen." Ziel der ukrainischen Behörden, darunter auch Melnyk, sei es, Berlin davon zu überzeugen, zuzugeben, dass Deutschland und die UdSSR den Zweiten Weltkrieg ausgelöst haben und dass die Ukraine das Hauptopfer des Angriffs von Hitlers Truppen war. Deshalb müsse es jetzt wirtschaftlich gestärkt und vor "russischer Aggression" geschützt werden, sagte der Experte in einem Gespräch mit RT DE.

"Im Großen und Ganzen haben die deutschen Behörden Melnyk bisher ignoriert, weil er sich zu dreist verhält. Berlin sollte den Botschafter jedoch nicht einfach ignorieren, sondern ihn in seine Schranken weisen. In der Vergangenheit wurde sogar der diplomatische Gesandte der USA von den deutschen Behörden gemaßregelt, wenn dies erforderlich war. Und ich frage mich, warum Berlin jetzt dem ukrainischen Botschafter keine angemessene Antwort erteilt", erklärte Rahr.

Nicht ohne Grund rechne man in Kiew damit, dass die neue Bundesregierung mit einer starken Beteiligung der Grünen mehr Gehör für die Wünsche der Ukraine haben wird. "Kiew geht davon aus, dass die Grünen Melnyk auf Händen tragen und sich seinen Forderungen anschließen werden", so der Analyst abschließend.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/original/615d92abb480cc650819fc0d.jpg>

de.rt.com: **NATO entzieht acht russischen Diplomaten die Akkreditierung**

Die NATO hat Berichten zufolge beschlossen, die ständige russische Delegation zu halbieren, die sich um den Aufbau von Beziehungen zu dem von den USA geführten Militärblock bemüht. Die zur Begründung genannten Vorwürfe sind alt, aber unbelegt, wie seit jeher. Die NATO hat acht russischen Diplomaten ihre Akkreditierung bei dem Verteidigungsbündnis entzogen, wie die Sky-Redakteurin Deborah Haynes am Mittwoch auf Twitter schrieb: "Die NATO hat beschlossen, die Größe der russischen Mission bei der Allianz zu halbieren."

Die Mitglieder der russischen Vertretung bei der NATO seien Geheimdienstbeamte, begründete die Allianz am Mittwoch den Schritt. Zu den von der NATO als feindlich eingestuften Aktivitäten der Russischen Föderation gehörten "Attentate und Spionage", schrieb Haynes weiter.

Nach Angaben der Redakteurin, würden zwei Stellen gestrichen. Zudem sei beschlossen worden, die Maximalgröße der russischen Vertretung weiter zu reduzieren: Statt 20 dürften künftig nur noch 10 Personen akkreditiert sein. Die Entscheidung werde zum Monatsende wirksam.

Die NATO deklarierte ihre Politik gleichzeitig als Dialogbereitschaft. "Unsere Politik gegenüber Russland bleibt konsequent", sagte ein Sprecher. Der NATO-Russland-Rat bleibe eine wichtige Dialogplattform. Man habe bereits vor mehr als 18 Monaten eine erneute Sitzung des Rates vorgeschlagen. Der Ball liege nun bei Russland.

Zuletzt hatte die NATO 2018 mit Verweis auf den Nervengiftanschlag im britischen Salisbury sieben Mitarbeiter der russischen NATO-Vertretung ausweisen lassen. Zudem wurde damals beschlossen, die Maximalgröße der russischen Delegation bei dem Verteidigungsbündnis von 30 auf 20 Personen zu reduzieren. Erst vor zwei Wochen hatte die russische Außenamtssprecherin, Maria Sacharowa, betont:

"Wir verurteilen alle Versuche Londons, Moskau die Verantwortung für die Geschehnisse in Salisbury zuzuschieben, aufs Schärfste und bestehen auf einer professionellen, objektiven und unvoreingenommenen Untersuchung des Vorfalls."

Der russische Präsident und ebenso der Kremlsprecher hatten bereits früher darauf verwiesen, dass Moskau nicht nur kein Nowitschok und kein Motiv für diese Tat hätte. Im Gegenteil, man habe Großbritannien wiederholt gebeten, Russland entsprechende Unterlagen und Beweise zu dem Fall vorzulegen, um eigene Ermittlungen durchführen zu können.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/615ddc44b480cc181526cc28.jpg>

snanews.de: **Putin: Europäer bewahren Kohlenstoffneutralität auf Kosten Russlands**

Die Europäer versuchen, auf Kosten Russlands die Kohlenstoffneutralität zu bewahren, aber Moskau wird sich um einen Dialog auf der Grundlage der Interessen aller Seiten bemühen, erklärte der russische Präsident Wladimir Putin am Mittwoch in einer Beratung zu Fragen der Energiewirtschaft.

Der Präsident reagierte somit auf die Aussage des Vorstandsvorsitzenden des Unternehmens „Inter RAO“, Boris Kowaltschuk, wonach „die Kohleproduktion in Deutschland im Jahresfazit 27 Prozent und in Russland 13 Prozent beträgt“.

„Deshalb wäre es abwegig, um die Kohlenstoffneutralität zu kämpfen“, so Kowaltschuk.

„Sie haben die richtige Frage gestellt: Wie kann man nur um die Kohlenstoffneutralität kämpfen, wenn die Energie-Balance in Europa, im gegebenen Fall in Deutschland, in Bezug auf die Kohlegeneration zweimal so hoch ist wie in Russland. Es erweist sich als möglich,

und sie tun das. Und sie – ich meine die Europäer im Allgemeinen – versuchen, dies auf fremde Kosten zu tun. Im gegebenen Fall auf unsere Kosten, auf Kosten Russlands", so Putin“

Der Präsident äußerte die Hoffnung, dass ein diesbezüglicher Dialog unter Berücksichtigung der Interessen aller Seiten auf dem globalen Energiemarkt angebahnt wird.

Die Gaspreise in Europa brechen seit dem Spätsommer alle Rekorde. Am Mittwoch erreichten diese zuletzt ein neues Allzeithoch von über 1600 US-Dollar pro tausend Kubikmeter, wie aus den Handelsdaten von ICE Futures hervorgeht.

Als Gründe dafür nennen die Experten den kalten Winter von 2020 und die ungewöhnliche Hitzewelle im diesem Sommer, die die europäischen Speicherreserven erschöpften.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0a/06/3857759_0:144:3129:1904_1920x0_80_0_0_112eb96c385ba2cf943bba746d97e783.jpg

de.rt.com: **Iranischer Außenminister in Moskau: Teheran besorgt über Militärübungen im Kaukasus**

Iran habe "ernste Bedenken" über die Präsenz Israels im Kaukasus, so der neue iranische Außenminister Hossein Amir-Abdollahian am Mittwoch, der sich zu Gesprächen mit seinem russischen Amtskollegen Sergei Lawrow in Moskau aufhält. Lawrow drängt auf Einigung bezüglich des Kaspischen Meeres.

Aktuell von Aserbaidschan unter Beteiligung ausländischer Staaten durchgeführte Militärübungen sieht Teheran als Provokation an, so der neue iranische Außenminister Hossein Amir-Abdollahian auf einer Pressekonferenz nach Gesprächen mit dem russischen Außenminister Sergei Lawrow:

"Die sechs Übungen, die Aserbaidschan ständig mit verschiedenen Ländern durchführt, sind sicherlich eine Provokation, auch wenn dies von den Entscheidungen der einzelnen Länder abhängt."

Die Intensivierung dieser Übungen rufe "in der Region keine guten Gefühle hervor". Israel ist ein wichtiger Waffenlieferant Aserbaidschans. Teheran werde "geopolitische Veränderungen und eine Veränderung der Landkarte im Kaukasus mit Sicherheit nicht dulden", so der iranische Außenminister. Iran und Aserbaidschan trennt eine 700 km lange gemeinsame Grenze. Im vergangenen Jahr hat Aserbaidschan einen 44-tägigen Krieg gegen Armenien geführt.

"Iran hat in letzter Zeit mehrere Übungen durchgeführt, aber wir haben alle Länder der Region über diplomatische Kanäle informiert", sagte der iranische Außenminister und fügte hinzu, dass der Kern dieser Übungen "eine Botschaft des Friedens, der Stabilität und der Sicherheit in der Region war und nichts anderes".

Der aserbaidschanische Präsident Ilham Alijew erklärte am Dienstag, Baku werde die "unbegründeten" Anschuldigungen Teherans über eine israelische Militärpräsenz auf seinem

Boden "nicht unbeantwortet lassen". Am Mittwoch haben Aserbaidschan und die Türkei eine gemeinsame Militärübung begonnen.

Vor seinem Treffen mit Lawrow hat Amir-Abdollahian laut Al Jazeera die Erwartung zum Ausdruck gebracht, dass Russland, "sensibel auf mögliche Grenzveränderungen in der Region und auf die Präsenz von Terroristen und die Bewegungen des zionistischen Regimes reagiert, die den Frieden und die Stabilität in der Region bedrohen".

Außenminister Lawrow erklärte seinerseits: "Wir sind gegen eine Ausweitung der militärischen Aktivitäten hier und gegen jegliche Übungen mit provokativem Charakter. Dasselbe Aserbaidschan hat auch Bedenken im Zusammenhang mit den jüngsten Übungen unserer iranischen Freunde, die an der Grenze stattfanden.

"Was das Kaspische Meer und die Vorbereitung von Gründen für die Einmischung ausländischer Staaten in die kaspische Region betrifft, so haben wir gegenüber unseren Gesprächspartnern und Freunden wiederholt betont, dass die Konvention über den Rechtsstatus des Kaspischen Meeres so bald wie möglich in Kraft treten muss, die die Anwesenheit von Streitkräften nichtkaspischer Staaten im Kaspischen Meer ausdrücklich verbietet", so der russische Diplomat.

Lawrow hoffe, dass die Entscheidung über die Ratifizierung schnell getroffen wird und die Konvention dann ein vollwertiges internationales Rechtsdokument wird, das eine angemessene Regelung im Kaspischen Meer gewährleistet.

Bei seinem Besuch in Moskau traf sich Hossein Amir-Abdollahian zu Gesprächen mit dem russischen Außenminister Sergei Lawrow in Fortsetzung des regelmäßigen Dialogs zwischen den Außenministern der beiden Länder, wie das russische Außenministerium mitteilte. "Das letzte Mal haben sie am 9. September 2021 miteinander telefoniert", heißt es in einer auf der Website des Ministeriums veröffentlichten Erklärung. Diesmal sollte es auch um das Atomabkommen und um Afghanistan gehen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/615dec21b480cc181526cc3d.jpg>

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 6. Oktober 2021 wurden drei Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Shelobok, Funse und Perwomajsk wurden mit Granatwerfern beschossen (**insgesamt 16 Geschosse**).

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.rt.com: **Erfüllen alle Verträge: Russland weist Verantwortung für hohe Gaspreise**

kategorisch zurück

Seit einigen Wochen wird Russland beschuldigt, für das Anziehen der Gaspreise verantwortlich zu sein und Europa zu "erpressen". Mit Fakten wurden die Anschuldigungen bislang nicht belegt. Der russische Regierungssprecher Dmitri Peskow verwies auf hausgemachte Probleme im Rahmen der "Energiewende".

Russland hat die Verantwortung für den starken Anstieg der Gaspreise kategorisch zurückgewiesen und das Augenmerk auf die Klimapolitik in der EU gerichtet. Der russische Regierungssprecher Dmitri Peskow unterstrich am Mittwoch:

"Wir bestehen darauf, dass Russland keine Rolle dabei spielt, was auf dem Gasmarkt in Europa vor sich geht."

Zuletzt waren immer wieder unbelegte Anschuldigungen und Verschwörungstheorien laut geworden, wonach Moskau für den Anstieg der Gaspreise verantwortlich sei.

So wusste etwa der Co-Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Robert Habeck, davon zu berichten, dass die russische Regierung versuche Deutschland zu erpressen. Es dürfe keine falsche Energiepolitik betrieben werden, forderte Habeck in der Polittalk-Sendung "Anne Will":

"Zu was das führen kann, sehen wir gerade bei den Gaspreisen, weil jetzt Russland mit Nordstream 2 versucht, uns zu erpressen."

Seine Parteikollegin und ehemalige Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock blies ins gleiche Horn und mutmaßte Ende September, Russland wolle mit der Manipulation der Gaspreise eine schnellere Inbetriebnahme von Nord Stream 2 erzwingen.

Die Bild-Zeitung sprach von "Putins kalter Erpressung", die Wirtschaftswoche von "Moskaus Gas-Monopoly" und das Handelsblatt wusste schon Anfang August: "Gazprom schraubt Gaspreise für Europa in die Höhe". Auch auf EU-Ebene wurden entsprechende Vorwürfe laut. Diese wies Peskow nun kategorisch zurück:

"Nur Nicht-Profis, Leute, die das Wesen der Vorgänge nicht verstehen, können hier Russland in diesem Zusammenhang erwähnen."

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten wies vielmehr darauf hin, dass in der EU einige Faktoren zusammenkämen, die Einfluss hätten auf die Energiepreise. So sei einerseits der Energiebedarf nach dem Ende der Einschränkungen in der Corona-Pandemie wieder hoch, die Wirtschaft nehme an Fahrt auf, sagte Peskow. Andererseits setze die EU auf erneuerbare Energien, die – wie im Fall der Windenergie – unberechenbar seien. So hätten etwa Windenergieanlagen zuletzt nicht die erwartete Leistung gebracht.

"Das hängt auch einfach mit den Klimaveränderungen zusammen – es gibt dort Windstillen, und dann entsteht wenig Energie aus der Windkraft."

Nach russischen Angaben musste in der Folge auf Gasreserven zurückgegriffen werden, weshalb die Speicher weniger gut gefüllt seien als sonst. Die russische Seite erfülle alle Verträge, betonte Peskow. Die Lieferungen lägen schon jetzt im Rekordbereich. Russland warnt immer wieder davor, sich zu sehr auf erneuerbare Energien zu verlassen. Auf dem Territorium der Gas- und Ölgroßmacht liegt der Marktanteil der erneuerbaren Energien bei gerade einmal einem Prozent.

Zudem sei Gazprom bereit, mit Kunden neue langfristige Verträge abzuschließen, hieß es. Gazprom und der Kreml hatten auch erklärt, dass eine rasche Inbetriebnahme der fertigen Gaspipeline Nord Stream 2 dabei helfen könne, den Erdgaspreis zu senken. Zuletzt hatte auch der russische Präsident Wladimir Putin angesichts der Unsicherheiten auf dem europäischen Energiemarkt das Wort ergriffen. Ihm zufolge herrsche aktuell "Hysterie und eine Art Wirrnis auf dem Markt."

"Warum? Ja, weil alle die Lage nicht ernst nehmen: Einige spekulieren mit den Problemen des Klimawandels, andere unterschätzen diese, und wieder andere kürzen die Investitionen in die Rohstoffindustrie."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/615da92a48fbef66f05a41cc.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 6. Oktober 3:00 Uhr bis 7. Oktober 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination zwei Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Leninskoje.**

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu en Verletzungen des Regimes der Feueinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 38.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde eine Verletzung des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: Explosion in Religionsschule in Afghanistan fordert sieben Todesopfer – Quelle

In einer Religionsschule in der afghanischen Provinz Chost hat sich internationalen Medien zufolge eine Explosion ereignet. Es gibt Tote und Verletzte.

Zur Explosion soll es am Mittwochabend gekommen sein. Zu dem Zeitpunkt sprach der TV-Sender „Tolo News“ von einem Todesopfer und 14 Verletzten. Drei Verletzte befanden sich dem Bericht zufolge in schwerem Zustand. Der Sprengsatz soll in der Religionsschule Mazharul Alum detoniert sein.

Eine Quelle aus afghanischen Sicherheitsbehörden teilte gegenüber SNA mit, dass die Zahl der Toten auf sieben gestiegen sei. Mehr als 15 Menschen seien verletzt worden.

Am Wochenende waren bei einer Explosion vor einer Moschee in Kabul mindestens zwölf Menschen getötet worden. Die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS; auch Daesh) hat sich zum Bombenanschlag bekannt.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/05/0e/2093689_0:0:3075:1731_1920x0_80_0_0_a05bccca12a810d898a611f075b669598.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 7. Oktober um 9:00 Uhr 14.373 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 10.607 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 1542 Todesfälle.

Mzdnr.ru: Am 6. Oktober wurden in der DVR 1151 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 466 positiv, bei 37 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 7. Oktober um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 70.393 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert. 9980 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 55.194 als gesund entlassen, es gibt 5219 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 410 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 10 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 187 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 3774 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 1418 mit Sauerstoffunterstützung (+111 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2255 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

de.rt.com: **Russland kritisiert Entzug der NATO-Akkreditierung für seine Diplomaten**

Der Beschluss der NATO, die Größe der russischen Mission bei der Allianz zu reduzieren, zeige den wahren Wert der Erklärungen Brüssels über die Bedeutung einer Deeskalation der Beziehungen zu Russland. Dies erklärte der stellvertretende russische Außenminister Alexander Gruschko.

In einer Stellungnahme übte der stellvertretende russische Außenminister Alexander Gruschko Kritik an der Entscheidung des Militärbündnisses, die Größe der russischen NATO-Vertretung durch den Entzug der Akkreditierung für acht russische Diplomaten und die Streichung zwei weiterer Stellen zu halbieren. Er wird von der Nachrichtenagentur TASS zitiert: "Gestern hatten die NATO-Chefs noch erklärt, wie wichtig eine Deeskalation der Beziehungen zu Russland sei, und forderten die Wiederaufnahme des Dialogs im NATO-Russland-Rat sowie die Entsendung eines Botschafters nach Brüssel. Wenn jemand an die Aufrichtigkeit dieser Aussagen geglaubt hat, gibt es heute niemanden mehr. Ihr wahrer Wert ist jedem klar."

Der Diplomat fügte hinzu:

"Wie kann man nach dem beeindruckenden Abschluss der Afghanistan-Epopöe auf das Schreckgespenst der 'russischen Bedrohung' verzichten? Keineswegs."

Zuvor hatte bereits der stellvertretende Vorsitzende des Duma-Ausschusses für internationale Angelegenheiten Leonid Sluzki den Schritt der Militärallianz verurteilt. Er bezeichnete die Vorwürfe der "feindlichen Aktivitäten" gegenüber Russland als haltlos und versicherte, dass Moskau Gegenmaßnahmen einleiten werde. Dabei werde es sich nicht unbedingt um eine "ebenbürtige Antwort" handeln, sagte Sluzki.

Am Mittwoch hat die NATO acht Mitgliedern der russischen Vertretung bei dem Verteidigungsbündnis die Akkreditierung mit der Begründung entzogen, sie seien Geheimdienstbeamte. Zudem beschloss die Allianz, die Maximalgröße der russischen Delegation von 20 auf zehn Personen zu verringern. Die Entscheidung soll zum Monatsende wirksam werden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/615e8d45b480cc0542649c57.jpg>

Lug-info.com: **Ansprache des Oberhauptes der LVR Leonid Pasetschnik zum siebten Jahrestag der Gründung der Volksmiliz der LVR**

Sehr geehrte Genossen Soldaten!

Ich gratuliere zum siebten Jahrestag der Gründung der Volksmiliz der Lugansker Volksrepublik!

In der für unseren Staat schwersten Zeit sind Sie der Heimat treu geblieben und zu seiner Verteidigung aufgestanden. In den sieben Jahren der Existenz der Volksmiliz hat sie mehrfach bewiesen, dass die Grenzen des Vaterlands als auch der Luftraum zuverlässig gegen den Aggressor schützt.

Die Einheiten der Streitkräfte der Lugansker Volksrepublik sind in ständiger Gefechtsbereitschaft, und ich bin überzeugt, dass sie jede, selbst die schwierigste Kampfaufgabe lösen werden, weil in den Reihen unserer Verteidiger Menschen dienen, die über unbeugsamen Willen und Kraft verfügen – echte Patrioten!

Eine tiefe Verbeugung den Veteranen. Ich danke Ihnen für den einwandfreien Dienst, die unveränderliche Treue zur militärischen Pflicht und zum Eid.

Die Namen derer, die ihr Leben für die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes gaben, werden für immer in unseren Herzen bleiben.

nachmittags:

de.rt.com: **Maria Sacharowa an FDP-Chef Lindner: Meinungsvielfalt wäre, die**

Ausstrahlung von RT zu gestatten

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa hat auf eine Aussage von FDP-Chef Christian Lindner bezüglich der Meinungsfreiheit in Russland reagiert. Sie ermahnte den Politiker, sich in Sachen Meinungspluralität gefälligst an die eigene Nase zu fassen.

Bei der Verleihung des Medienpreises an Alexei Nawalny in dessen Abwesenheit ließ sich der FDP-Vorsitzende Christian Lindner bei seiner Laudatio an den wegen Betrugs am Konzern Yves Roche Verurteilten zu einer Bemerkung hinreißen, die leicht als Weißwäscherei möglicher Einschränkungen des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung in der Bundesrepublik verstanden werden könnte. Vorwürfe solcher Einschränkung könnten möglicherweise im Hinblick auf die aktuellen Maßnahmen gegen die COVID-19-Pandemie erhoben werden, deutet das Nachrichtenmagazin Stern an: "Der FDP-Chef ging auch auf die Diskussion über Einschränkungen der Meinungsfreiheit ein, meinte damit aber nicht Grundrechtseingriffe im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie (Hervorhebung von RT)." Weiter zitiert Stern den FDP-Leiter dann mit dem Folgenden:

"Wie klein wirkt unsere Klage über vermeintlich eingeschränkte Meinungspluralität angesichts von einer Repression in einem autoritären Regime wie in Russland."

Neben der Stern-Redaktion nahm aber auch Maria Sacharowa Anstoß an Lindners Bemerkung. Allerdings ging es ihr um eine andere Einschränkung der Meinungspluralität. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums stichelte auf ihrem Telegram-Kanal:

"Mit den Klagen über die Einschränkungen des [Meinungs-] Pluralismus in Deutschland meinte der Vorsitzende der Freien Demokratischen Partei doch sicherlich die Behinderung des Senders RT am Ausstrahlungsbetrieb in diesem Land – genierte sich aber, dies zu sagen."



<https://cdn.rtl.com/deutsch/images/2021.10/article/615ec5a6b480cc0542649cb5.jpg>

lug-info.com: Einwohner der LVR legten anlässlich des 7. Jahrestags der Gründung der Volksmiliz am Denkmal „Ich bin Luftlandesoldat“ in Lugansk Blumen nieder und ehren mit einer Schweigeminute die gefallenen Verteidiger der LVR.

Aus dem gleichen Anlass fand eine feierliche Versammlung im akademischen musikalisch-dramatischen Theater statt, wo zahlreiche Soldaten ausgezeichnet wurden.

deu.belta.by: **Lukaschenko über Sanktionen: Situation nicht dramatisieren**

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko ruft auf, die Situation mit westlichen Sanktionen nicht zu dramatisieren. Das sagte er in der heutigen Besprechung zur Bekämpfung von Sanktionen in Minsk.

Gegen Belarus werde ein hybrider Krieg geführt, stellte Lukaschenko fest. Die wirtschaftlichen Sanktionen seien ihr Bestandteil. „Wir haben nicht nur zeitnah und

koordiniert auf alle Herausforderungen zu reagieren, sondern auch präventiv zu handeln. Wir müssen nach Auswegen aus der aktuellen Situation suchen. Belarus ist eine offene Wirtschaft, die zu 60 Prozent exportorientiert und an Außenmärkte gebunden ist“, sagte Alexander Lukaschenko.

Der Staatschef erwähnte in diesem Zusammenhang sein heutiges Treffen mit dem Sonderbotschafter des venezolanischen Präsidenten Adan Chavez: „Wir waren uns darin einig, dass unsere Staaten ihr früheres Kooperationsniveau wiederherstellen und übertreffen sollten.“

Lukaschenko kommentierte auch die westlichen Sanktionen gegen Belarus: „Ich würde die Lage nicht zu sehr dramatisieren. Auch die Regierung macht daraus kein Theater. Mir gefällt der Wille, mit dem unsere Regierung gegen die Sanktionen vorgeht. Wenn es irgendwelche Probleme gibt, müssen wir sie lösen. Wir sehen uns nicht zum ersten Mal allerlei Sanktionen ausgesetzt. Staaten, die uns mit diesen Sanktionen einschüchtern wollen, werden in wirtschaftlicher Hinsicht letztendlich selbst darunter zu leiden haben. Das haben baltische Staaten, Polen und die Ukraine bereits am eigenen Leib gespürt. Wir unterhalten Kontakte mit vielen Vertretern aus diesen Staaten, und sie bestätigen unisono, was ich eben gesagt habe. Und nicht nur sie bestätigen das.“

„Es wäre ja Wahnsinn, ein Land mitten in Europa vor den anderen Staaten zu verschließen. Belarus liegt nicht irgendwo in der Ecke, sondern an der Kreuzung vieler Wege in Europa“, sagte Lukaschenko. Er fügte hinzu, Belarus sei immer ein treuer und zuverlässiger Handelspartner gewesen.

Die aktuelle Situation sei für Belarus eine Herausforderung, eine Art Austritt aus der Wohlfühlzone, sagte Lukaschenko. „Gleichzeitig haben wir eine Chance bekommen, nach neuen Möglichkeiten zu greifen, uns zu mobilisieren und trotz eines enormen Drucks die gesetzten Ziele zu erreichen.“ Russland habe unter Sanktionen in vielen Bereichen einen Riesenschritt nach vorne getan, führte Alexander Lukaschenko ein Beispiel an.

Eine weitere Aufgabe bestehe darin, die sich abgezeichnete wirtschaftliche Dynamik bis zum Jahresende aufrechtzuerhalten. „Produktionsvolumen, Exporte, Bevölkerungseinkommen – in den ersten 8 Monaten dieses Jahres liegen die Zahlen über den prognostizierten Werten. Bleiben sie erhalten, würde das ein Riesenerfolg sein“, sagte der Staatschef.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000019_1633603239_58546_big.jpg

deu.belta.by: **Belarus und Venezuela wollen Projekte im Bauwesen und Industrie neu starten**

Belarus und Venezuela planen Neustart von Projekten in den Bereichen Bauen und Industrie. Das sagte der Sondergesandte des venezolanischen Präsidenten Adán Chávez Frías nach seinem Treffen mit dem belarussischen Präsidenten vor Journalisten.

„Wir haben ein sehr wichtiges Treffen mit Präsident Lukaschenko geführt und eine Reihe von gemeinsamen Aktivitäten besprochen. Wir haben das gegenseitige Interesse bestätigt, unsere Staaten und Völker zu unterstützen. Wir haben uns darauf geeinigt, die ehemaligen Projekte wieder aufzunehmen, und wir haben neue Bereiche der Zusammenarbeit festgelegt: Energie, Bergbau, Technologie, Landwirtschaft“, sagte Adán Chávez.

Ihm zufolge wird eine belarussische Delegation voraussichtlich bis Ende des Jahres Venezuela besuchen. Das Hauptaugenmerk werde auf der Entwicklung des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit liegen sowie auf der Überprüfung bestehender und der Planung neuer Projekte. „Das wird uns ermöglichen, den bereits bestehenden Projekten zwischen unseren Ländern einen zusätzlichen Impuls zu geben und neue Bereiche der bilateralen Zusammenarbeit zu bestimmen“, sagte der Sondergesandte des venezolanischen Präsidenten. „Auf diese Weise werden wir nach wie vor zusammenhalten, aber mit dem Unterschied, dass wir jedes Mal noch näher sind. Wir werden gemeinsam westliche Attacken abwehren.“

Adán Chávez bezeichnete den von belarussischen Spezialisten im Bundesstaat Barinas errichteten Industriekomplex als eines der wichtigsten bilateralen Projekte. „Unser Hauptziel ist die Wiederinbetriebnahme dieses Industriekomplexes, in dem Traktoren, Lastwagen und Straßenbaumaschinen hergestellt werden“, so der Sondergesandte.

Der Bau von Wohnungen ist für Venezuela sehr wichtig. Belarussische Bauarbeiter haben in den letzten Jahren den venezolanischen Partnern aktiv dabei geholfen, dieses Problem zu lösen. „Wir wollen auch das Projekt Agrarstädte neu starten. Sie wurden von belarussischen Spezialisten entwickelt. Wir haben drei Agrarstädtchen entworfen und eine davon praktisch gebaut. Derzeit planen wir, diesen Projekten neues Leben einzuhauchen“, sagte Adán Chávez. Wie bereits berichtet, besucht Adán Chávez Frías in diesen Tagen Belarus. Der Besuch eines Sondergesandten des venezolanischen Präsidenten umfasst auch ein Treffen mit der Vorsitzenden des Rates der Republik Natalja Kotschanowa und dem Vorsitzenden der Repräsentantenkammer Wladimir Andrejtschenko. Der venezolanische Gast wird voraussichtlich einen Vortrag an der Belarussischen Staatlichen Universität halten und an der Eröffnung der Ausstellung „Transatlantisches Art-Message“ in der Nationalbibliothek von Belarus teilnehmen.

Adán Chávez hatte Belarus zuletzt im Jahr 2017 als Mitglied einer Regierungsdelegation des venezolanischen Präsidenten Nicolas Maduro besucht.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000021_1633605091_58547_big.jpg

Armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 07.10.2021
In den letzten 24 Stunden wurden zwei Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueinstellung von

Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Gorlowka** haben Straftruppen des Kriegsverbrechers Kotlik unter Einsatz von 120mm-Mörsern und Granatwerfern die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** in Gorlowka beschossen und drei Mörsergeschossen und zehn Granaten abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 128. Brigade auf Befehl Gontscharuks das Feuer mit automatischen Granatwerfern auf **Leninskoje** eröffnet und 25 Granaten abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der 128. Brigade den Beschuss unserer Ortschaften fortgesetzt und 25 Granaten mit automatischen Granatwerfern auf **Sosnowskoje** abgefeuert.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um Fälschungen von Daten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen ein Schützenpanzer der 93. Brigade in der Nähe von Wohnhäusern in Nowognatowka stationiert ist.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission. So hat der Gegner, um die Stationierung von verbotenen Waffen der 10. Brigade durch Beobachter der Mission zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand von mobilen Gruppen des 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle bei Flügen von Drohnen der OSZE-Mission in den Gebieten von Konstantinowka, Andrejewka, Iwanopolje und Sajzewo (sewernoje) zu blockieren.

Die internationalen Beobachter stellen weiter Kriegsverbrechen der ukrainischen Streitkräfte gegen die Zivilbevölkerung fest. So hat die Mission im Bericht vom 6. Oktober 2021 Fälle von Beschädigung von Wohnhäusern in Gorlowka und von Objekten des Kohlebergbauunternehmens Sasjadko-Bergwerks in der Folge von Beschüssen von den Positionen der 10. und 25. Brigade aus bestätigt.

Nach Informationen unserer Quelle in der 54. Brigade ist in den Einheiten eine Kommission des Stabs der OOS eingetroffen, um das Personal zu kontrollieren und eine Ermittlung zu einem kampfbedingten Verlust im Gebiet von Krasnogorowka durchzuführen. Der Brigadekommandeur Majstrenko hat für die Zeit der Arbeit der Inspektiv des übergeordneten Stabs die Bataillonskommandeure instruiert, keine Verluste zuzulassen. Im Fall von Tod oder Verletzung von Soldaten, kampfbedingten oder nicht kampfbedingten Verlusten, befahl er, die Information zu verheimlichen und die Daten nicht an den Stab der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ und der „OOS“ weiterzuleiten. Majstrenko fürchtet, eine weitere Abmahnung wegen nicht vollständiger dienstlicher Entsprechung zu erhalten und seine einträgliche Funktion zu verlieren, die ein gutes Einkommen erbringt, vor allem während des Aufenthalts der Brigade in der OOS-Zone.

Außerdem hat Mastrenko, um sich gegen disziplinarische Verantwortlichkeit im Fall, dass Soldaten auf Minensperren geraten, abzusichern und um Versicherungszahlungen im Fall von Tod und Verletzung zu verhindern, den Kommandeuren der Einheiten befohlen, von den Untergebenen Unterschriften einzuholen, dass sie sich angeblich mit der Lage der Minenfelder bekannt gemacht haben. Aber das Personal der 54. Brigade, das vor kurzem im Rahmen der Rotation in der OOS-Zone eingetroffen ist, hat niemand zur Minensituation instruiert und keinerlei Informationen zu Minensperren wurden den Soldaten zur Kenntnis gegeben.

Das moralisch-psychische Niveau der ukrainischen Soldaten in der Zone der Strafoperation bleibt niedrig. Die Kommandeure der Truppenteile und Verbände haben vollständig die Kontrolle über ihre Untergebenen verloren. Sogenannte Freiwillige haben unter dem Anschein von Lieferung humanitärer Hilfe aus der OOS-Zone einen Absatzmarkt

für Drogen gemacht.

Entgegen dem Verbot des Stabs der OOS, ohne Abstimmung mit dem übergeordneten Kommando Freiwillige auf die Positionen der ukrainischen Streitkräfte zu lassen, kann jeder in das vorderste Gebiet gelangen, wenn er den Kommandeur der Einheit bezahlt. So haben Freiwillige zu Beginn des Montags eine weitere Partie Drogen in den Verantwortungsbereich der 93. Brigade gebraucht. Bei einer Kontrolle der Frontpositionen im Gebiet von Granitnoje durch Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes wurden drei Soldaten des 2. Bataillons während des Dienstes unter Drogeneinfluss entdeckt.

Der Brigadekommandeur Brishinskij führt eine Ermittlung zur Aufdeckung von Lieferkanälen für Drogen in den Verband durch. Als Verdächtige werden Freiwillige in Betracht gezogen, die die Brigade besucht haben. Nach vorläufigen Informationen bestellen ukrainische Kämpfer über Gruppen in „Telegram“ Drogen, die ihnen sogenannte Freiwillige liefern.

Außerdem wächst nach uns vorliegenden Informationen unter den Soldaten der 56. Brigade, die derzeit militärische Ausbildung auf dem Übungsplatz „Schirokij Lan“ durchlaufen, die Unzufriedenheit damit, dass man plant, sie nach zwei Monaten unter Feldbedingungen bei den Showübungen „Vereinte Anstrengungen – 2021“ statt des versprochenen Urlaubs für neun Monate in die Zone der Strafoperation zu schicken. Bemerkenswert ist, dass das Personal während der Übungen massenhaft begonnen hat, aufgrund der nicht zufriedenstellenden Lebensbedingungen an Lungenentzündung und Erkältungskrankheiten zu erkranken, und der Brigadekommandeur Iwanow, um die Personalausstattung der Brigade aufrecht zu erhalten, befohlen hat, niemanden in eine medizinische Einrichtung einzuweisen.

Als die Situation mit dem Krankenstand der ukrainischen Kämpfer außer Kontrolle geriet und ein kritisches Niveau erreichte, wurde beschlossen, die Brigade mit Soldaten aus der operativen Reserve aus nahegelegenen Oblasten aufzufüllen. Derzeit beträgt die Personalausstattung der Brigade 60%, davon befinden sich 10% zur Behandlung in medizinischen Einrichtungen.

de.rt.com: **Lawrow schlägt neue Allianz für den Kaukasus vor – Sicherheit und Wirtschaft fördern**

Der russische Außenminister Sergei Lawrow schlägt ein Sechser-Format bestehend aus Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Iran, Russland und der Türkei vor, um die regionale Entwicklung im Kaukasus zu fördern und Konflikte zu entschärfen. Derweil warnt Iran Moskau vor israelischen Aktivitäten in der Region.

Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat während eines Treffens mit seinem iranischen Amtskollegen Hossein Amir-Abdollahian am Mittwoch die Einrichtung eines neuen Formats im Kaukasus vorgeschlagen, wie die türkische Nachrichtenagentur Anadolu berichtet. Es soll die drei kaukasischen Staaten Armenien, Aserbaidschan und Georgien sowie ihre drei "großen Nachbarn", also Russland, Iran und die Türkei umfassen.

Das Format solle sich Lawrow zufolge mit Fragen der Sicherheit und der weiteren Öffnung der Wirtschafts- und Verkehrsbeziehungen befassen, so der russische Chefdiplomat. Er erklärte:

"Die gemeinsame Erklärung (der russischen, armenischen und aserbaidchanischen Staats- und Regierungschefs, die den Konflikt in Berg-Karabach beendete) enthielt die Prinzipien, die die gemeinsamen Schritte zur Beilegung des Konflikts definieren, einschließlich der Arbeit an der Freigabe aller Verkehrsverbindungen und der Freigabe aller wirtschaftlichen Verbindungen in dieser Region, wovon nicht nur Armenien und Aserbaidschan, sondern auch Georgien profitieren werden."

Von dieser Normalisierung der Beziehungen würden auch die Nachbarstaaten Iran, Russland und die Türkei profitieren. In Teheran habe man sich bereits positiv zum Vorschlag geäußert, ebenso in Ankara und Baku. Lawrow fügte hinzu: "Wir hoffen, dass Georgien – trotz aller Probleme, mit denen es konfrontiert ist – sein grundsätzliches Interesse an der Schaffung

eines solchen Mechanismus für Konsultationen und die Koordinierung von Lösungen für die beschleunigte Entwicklung dieser Region erkennen kann." Bisher sei die Entwicklung in der Region aufgrund der anhaltenden Konflikte gebremst worden.

Der iranische Außenminister bekundete die Besorgnis seiner Regierung über die von Aserbaidschan abgehaltenen Militärübungen:

"Was den Südkaukasus betrifft, haben wir Bedenken. Wir sind unzufrieden mit der Erklärung eines Nachbarn und denken, dass die Nachbarn Irans positiv auf unsere Politik reagieren sollten, die auf die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen abzielt."

Die militärischen Übungen Aserbaidschans nannte Amir-Abdollahian eine "Provokation" und fügte hinzu:

"Eine solche Anzahl von Übungen löst keine positiven Gefühle aus. Iran hat nur eine Übung auf seinem eigenen Territorium abgehalten und alle Länder der Region über diplomatische Kanäle informiert."

Teheran sei für den Dialog mit den Ländern der Region, um Einmischungen von außen zu vermeiden", so Amir-Abdollahian.

Zudem warnte der iranische Außenminister Moskau vor den Aktivitäten Israels im Kaukasus, wie die iranische Agentur Fars News berichtete. Es erklärte:

"Es wird auch erwartet, dass Russland die Präsenz von Terroristen und das Vorgehen der Zionisten in der Region, die beide eine Bedrohung für den Frieden und die Stabilität in der Region darstellen, aufmerksam verfolgen wird."

Zugleich lobte der iranische Chefdiplomat die Entwicklung der russisch-iranischen Beziehungen. In den letzten Jahren habe es eine große Nähe der Politik Moskaus und Teherans gegeben. Die Beziehungen hätten sich harmonisch und konstruktiv entwickelt.

Hossein Amir-Abdollahian äußerte seine Hoffnung, dass sich dieses Potenzial weiter entfalten werde, um die regionale Sicherheit zu gewährleisten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/615ec6d4b480cc127a16c22d.jpg>

snanews.de: „**Moskauer Format**“: **Russland lädt Taliban zu Gesprächen ein**

Russland hat Vertreter der Taliban zur Teilnahme am Afghanistan-Treffen im „Moskauer Format“ eingeladen. Dies bestätigte am Donnerstag Samir Kabulow, Afghanistan-Sondergesandter des russischen Präsidenten und Chef der für Asien zuständigen Abteilung im russischen Außenministerium.

„Ja“, antwortete Kabulow auf eine entsprechende Journalistenfrage. Der Diplomat präzisierte aber nicht, wer die Taliban-Delegation leiten wird.

Das Afghanistan-Treffen im „Moskauer Format“ findet am 20. Oktober in der russischen Hauptstadt statt.

Zum letzten Mal hatten die Taliban-Vertreter Moskau im Juli besucht, um sich an Verhandlungen zu beteiligen.

Das „Moskauer-Format“ wurde im Jahre 2017 auf der Basis des sechsstufigen Mechanismus von Beratungen der Sondergesandten Russlands, Afghanistans, Chinas, Pakistans, des Irans und Indiens ins Leben gerufen.

Die Taliban haben nach Beginn des internationalen Truppenabzugs im Mai im Laufe von wenigen Monaten das gesamte Afghanistan unter ihre Kontrolle gebracht. Nach der Übernahme der Hauptstadt Kabul am 15. August erklärten die Islamisten den Krieg für beendet.

Mit der Eroberung der kleinsten Provinz Pandschir im Osten des Landes fiel Anfang September auch die letzte Widerstandsbastion an die Taliban. Anfang September bildeten die neuen Machthaber eine Übergangsregierung. Zum Regierungschef wurde Mullah Hassan Achund ernannt, der seit 2001 auf der UN-Sanktionsliste steht.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/08/14/3306960_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_b1daa33efefdf9f6eeaec3e103307581.jpg

mil-lnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponko**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden drei Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer des 3. Bataillons der 24. Brigade von den Positionen im Gebiet von Popasnaja aus **Perwomajsk** mit einem Antipanzergranatwerfer beschossen.

In **Richtung Slawjanoserbsk** haben Kämpfer der 57. Brigade auf Befehl Mischantschuks von den Positionen im Gebiet von Pritschepilowka aus **Shelobok** mit Granatwerfern beschossen, von den Positionen im Gebiet von Krymskoje aus wurde **Frunse** mit einem Antipanzergranatwerfer beschossen.

Die Fälle von Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen zu ergreifen und Beschuldigungen der Volksmiliz in Bezug auf Provokationen zu verhindern.

Der Versuch der Vertretung der LVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert....

snanews.de: **Südkorea genehmigt humanitäre Hilfe für Nordkorea**

Das südkoreanische Wiedervereinigungsministerium hat drei Ersuchen von zivilen Organisationen zugestimmt, humanitäre Hilfe nach Nordkorea zu liefern. Dies meldet die Nachrichtenagentur Yonhap unter Berufung auf Vertreter des Ressorts am Donnerstag. Diese Maßnahme solle dazu beitragen, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und den

Austausch zwischen den beiden Ländern zu stärken.

„Das Wiedervereinigungsministerium hat drei Anfragen seitens der zivilen Organisationen gebilligt, humanitäre Hilfe nach Norden zu liefern“, so ein Ministeriumsbeamter. „Unsere Position bleibt unverändert, dass wir weiterhin die Zusammenarbeit in humanitären Bereichen fortsetzen werden, darunter solche, wo dringend Medikamente und Lebensmittel für Kinder, Schwangere und andere gefährdete Bürger im Norden benötigt werden.“

Der Beamte lehnte es ab, die Organisationen zu nennen, und sagte nur, dass die Materialien in den Norden verschickt werden sollten und mit der öffentlichen Gesundheit im Norden verbunden seien. Alle notwendigen Kosten würden von den Organisationen selbst getragen. Die Entscheidung wurde unter vorsichtigem Optimismus über die Wiederaufnahme eines Dialogs bekanntgegeben, der gestartet worden war, nachdem Nordkorea am Montag alle Kommunikationskanäle mit Südkorea geöffnet hatte. Diese waren aus Protest des Nordens gegen die gemeinsamen Militärübungen von Südkorea und den Vereinigten Staaten gesperrt gewesen.



https://cdn1.snews.de/img/07e5/0a/07/3864763_0:47:1920:1127_1920x0_80_0_0_290897cdfd4a92b65715b84e9e45f41a.jpg

snews.de: **CIA-Chef schafft eine Sondereinheit mit Schwerpunkt China**

Der Direktor des US-amerikanischen Auslandsgeheimdienstes (CIA), William Burns, hat am Donnerstag angekündigt, eine große Einheit innerhalb seiner Behörde einrichten zu wollen, die sich auf China konzentriert.

Medienberichten zufolge soll die neue Einheit mit dem Namen „China Mission Center“ die Sammlung von Informationen gegen eine „mehrgleisige Bedrohung aus Peking“ ausweiten und koordinieren. Laut Burns wird die Einheit „alle Aufgabenbereiche der Behörde abdecken“. Er betonte zudem, die Bedrohung gehe von der chinesischen Regierung aus, nicht aber vom chinesischen Volk.

Das „China Mission Center“ wird laut einem hohen CIA-Beamten Agenten-Anwerber, Geheimdienstanalysten, Technologieexperten und andere Spezialisten in einer Einheit zusammenführen. Die Behörde will zudem mehr Mandarin-Sprechende rekrutieren und ausbilden und mehr China-Spezialisten weltweit einsetzen.

Am Dienstag hatte die Zeitung „New York Times“ berichtet, dass CIA-Beamte im Ausland davor gewarnt worden seien, dass eine beunruhigende Anzahl von Informanten, die als Spione für die Vereinigten Staaten angeworben wurden, gefangen genommen oder getötet werden.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/07/3868718_0:147:3117:1900_1920x0_80_0_0_a10f019ef8c9c3707c6cbf484b0f5f96.jpg